

Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Erscheinung:

Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7^{1/2} Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrabe Nr. 6.

No. 22.

Dienstag den 31. Januar.

1893.

Für die Monate Februar und März werden
Monuments auf den

„Merseburger Correspondent“

zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Post-
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.

Zusätze finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweitsprechendste Verbreitung.

Das Ergebnis der Generaldebatte in der Militärcommission.

Die am 11. Januar auf Veranlassung des Reichs-
kanzlers begonnene Debatte über die Militärvorlage
ist endlich am Sonnabend zum Abschluß gelangt.
Hält man sich lediglich an das greifbare Ergebnis
der Verhandlungen, so kann man nur feststellen, daß
weder die Regierung noch die Parteien den Stand-
punkt verlassen haben, den sie bei der ersten Ver-
handlung im Plenum einnahmen. Der Reichskanzler
hat nach wie vor die Vorlage, wie sie eingebracht
ist, vertreten; er hat, wie auch schon im Plenum,
das Angebot der Freisinnigen, der Volkspartei und
des Centrums, die Konsequenzen der zweijährigen
Dienstzeit zu ziehen, ohne eine Erhöhung der Friedens-
präsenz als solche zuzugestehen, als unannehmbar
zurückgewiesen; aber weder auf Seiten der Freisinnigen
noch auf Seiten des Centrums hat sich eine Neigung
gezeigt, über diese Linie hinauszugehen. Sie sind
bereit, eine Verstärkung der jährlichen Rekrutierung
um 18 000 Mann und daneben im Etat die erforder-
lichen Mittel für die Ausbildung von 18 000 Ersatz-
reservisten jährlich zu bewilligen. Der Vorschlag der
Nationalliberalen, soweit er bisher im Einzelnen
formuliert ist, unterscheidet sich von demjenigen der
Freisinnigen und des Centrums dadurch, daß sie die
18 000 Mann, die diese als Ersatzreservisten in
Rechnung stellen, in das stehende Heer einziehen und
also zur zweijährigen Dienstzeit heranziehen, also
eine Mehrreinstellung von 40 000 Rekruten und dem-
nach eine Erhöhung der Friedenspräsenz um
36 000 Mann bewilligen wollen. Freisinnige und
Centrum auf der einen, Nationalliberale auf der
anderen Seite setzen dabei die dauernde gefestigte
Legung der zweijährigen Dienstzeit voraus. Die kon-
servativen Parteien stehen ansehnlich auf dem Boden der
Vorlage und sie werden diesen Boden auch nicht ver-
lassen, so lange Graf Caprivi selbst an der Vorlage
schäft. Ueber das Bismarcksche Angebot hat der
Reichskanzler sich bisher nicht geäußert, aus dem nahe-
liegenden Grunde, daß für das Bismarcksche Angebot
von 40 000 Mann eben so wenig eine Mehrheit in
Sicht ist, als für die von der Regierung verlangten
60 000 Mann. Die konservativen Parteien würden
ohne Zweifel bereit sein, sich den Bismarckschen
Vorschlägen anzuschließen, wenn der Reichskanzler die-
selben acceptirt hätte. Daß er eventuell dazu geneigt
ist, hat er mit deutlichen Worten nicht erklärt. In
der Commission hat sein neuerliches Verhalten den
Eindruck hervorgerufen, daß er einem solchen Com-
promiß nicht abgeneigt ist. Aber es versteht sich von
selbst, daß die Regierung ein Compromiß, welches nur
eine Minorität anbietet, nicht formell annehmen kann.
Zu einer Mehrheit würde es einer Spaltung des
Centrums bedürfen. Bisher aber hat die sog. schwere
Reiterfraktion des Centrums, der man die Neigung,
der Regierung weiter entgegenzukommen zuschreibt, sich
bedingungslos der Führung der Herren Dr. Lieber,
Graf Preysing, Scharler u. s. w. unterworfen. Ob
die Bemühungen des Grafen Caprivi, die Gegner
einer höheren Friedenspräsenz von der Not-
wendigkeit einer Bewilligung zu überzeugen, in der
nächsten Dienstag beginnenden Spezialdiscussion, die
sich zunächst auf die finanzielle Seite der Vorlage
erstrecken wird, besseren Erfolg haben werden, als
in der Generaldebatte, warten wir in aller Ruhe ab.
Graf Caprivi will, wie er mit der ihm eigenen
Offenheit und Ehrlichkeit erklärt hat, den Versuch
machen, mit Hilfe der Presse die Wählerkreise zu

zustimmen, um dadurch auf die Haltung der Abge-
ordneten einzuwirken. Von heute auf morgen ist
selbstverständlich eine solche Wirkung in die Ferne
nicht möglich. Und deshalb klingt es keineswegs un-
glaublich, wenn die Vermuthung laut wird, die
Regierung gehe mit dem Gedanken um, nach Er-
ledigung des Etats für das nächste Etatsjahr die
Session zu schließen und die Militärvorlage im nächsten
Herbst von Neuem vorzulegen, in der Hoffnung, daß
die öffentliche Meinung sich bis dahin mit der Er-
höhung der persönlichen Militärlasten und den Aus-
gaben für die Armee in höherem Maße als bisher
zufrieden werde. Daß diese Hoffnung erfüllt werde,
glauben wir deshalb nicht, weil der Widerstand gegen
so enorme Mehrforderungen, wie sie die Vorlage ent-
hält, keineswegs auf einer augenblicklichen oder
vorübergehenden Berührung der Nation beruht,
sondern auf der Erkenntnis, daß die Militär-
verwaltung, indem sie diese Forderungen auf-
stellte, die Rückfichten auf die finanzielle und wirth-
schaftliche Leistungsfähigkeit der Nation allzusehr zu-
rückgesetzt hat. Inwiefern dabei eine Ueber-
schätzung der Popularität der zweijährigen Dienst-
zeit mitwirkend gewesen ist, mag dahingestellt bleiben.
Aber das einzige greifbare Ergebnis der General-
debatte, der von dem Abg. Hinz geführte Nachweis,
daß zur Durchführung der Regierungsvorlage, d. h.
zur Einstellung einer Mehrzahl von 60 000 Mann
jährlich das erforderliche Material auch auf der
Basis der allgemeinen Wehrpflicht nicht vorhanden ist,
läßt die Versuche, die öffentliche Meinung für die
Vorlage zu gewinnen, völlig ausichtslos erscheinen.
Graf Caprivi hat im Plenum wiederholt behauptet,
die 60 000 Mann der Vorlage seien vorhanden, auch
wenn man an den bisherigen Anforderungen an die
Diensttauglichkeit der Mannschaften festhalte. Diese
Aussage haben auch die Vertreter des Kriegs-
ministers in der Commission nicht aufrecht erhalten
können. Sie haben in der letzten Sitzung einräumen
müssen, daß höchstens noch 20 000 unbedingt tau-
gliche Mannschaften — die Ueberzähligen — vor-
handen sind, daß infolge der Senkung des Körper-
maßes von 1,57 auf 1,54 Meter weitere 5000 Mann
eingestellt werden können. Soweit besteht Einver-
ständnis auf beiden Seiten. Die Militärverwaltung be-
hauptet nun, daß aus der Zahl der bedingt tau-
glichen, die bisher wegen „geringer körperlicher Fehler“
der Ersatzreserve überwiegen worden sind, — etwa
50 000 Mann — die zur Ergänzung der in der
Vorlage verlangten 60 000 Mann, also weitere 35 000
in das stehende Heer eingestellt werden können. Sie
gibt aber zu, daß diese Frage discutabel ist. Sie
ist das umso mehr, als, wie der Abg. Hinz nach-
gewiesen hat, bisher schon eine Verschiebung aus der
Kategorie der bedingt Tauglichen in diejenige der
unbedingt Tauglichen stattgefunden hat und daß in
dem Maße, daß in dem letzten Jahrzehnt die Zahl
der Mannschaften, die aus Ursachen, die vor der
Einstellung vorhanden waren, aus dem stehenden
Heere entlassen worden, die also thatsächlich unbrauch-
bar eingestellt worden sind, eine erhebliche Steigerung
erfahren hat. Diese Zahl würde bei einer Mehrreinst-
ellung von 60 000 Rekruten im Frieden sprunghaf-
weise in die Höhen gehen; im Kriege würde durch
die Einstellung thatsächlich nur theilweise brauchbarer
Leute die Operationstauglichkeit der Truppen in hohem
Grade geschwächt werden. Mit der Berufung auf den
Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht ist also die
Vorlage nicht zu verteidigen. Im Gegentheil, eine
Mehrreinstellung von 60 000 Rekruten würde weit
über die Grenze der Bebrufung des Volkes hinaus-
gehen. Das wäre nicht eine Verjüngung, sondern
eine Verschlechterung des Heeres und obendrein eine
Grußsamkeit denjenigen gegenüber, deren Kräfte zum
Ertragen der Strapazen des Militärdienstes von vorn-
herein unzureichend sind.

Politische Uebersicht.

Ein Senationsmärchen des Pariser „Figaro“

daß der Bruder des Zaren, Großfürst Sergius,
im Herbst v. J. anlässlich des Jubiläumscandals
vom Zaren in geheimer Sendung nach London, Paris
und an den Balkan gesandt worden sei, um sich
über die Aufnahme einer Kriegserklärung an Deutsch-
land zu unterrichten, erklärt die „Allg. Reichs-Corr.“
auf Grund guter Informationen als durchaus
unwahr. Großfürst Sergius sei bei seiner Reise
mit keiner Mission betraut gewesen. — Wir hatten
von dem Pariser Geschwätz gar keine Notiz genommen
und so bedurfte es für uns nicht erst dieses Dementis.
Ueber die ungarische Regierungspolitik
gab Ministerpräsident Dr. Wekerle in einer Conferenz
der liberalen Partei gegenüber den Gerüchten in
letzter Zeit betr. den Standpunkt der Regierung die
Erklärung ab, daß die Regierung an ihrem Pro-
gramm festhalte, dem die Partei in allen Theilen zuge-
stimmt habe. Dieses betrachte er als Grundlage des
politischen Wirkens der Regierung und der Partei.
Falls einzelne Mitglieder Bedenken gegen die Frei-
denpolitik der Regierung haben sollten, sei dies kein
Grund, aus dem Parteiverbände auszutreten. Diese
sollten die Regierung in den übrigen Theilen ihres
Programms unterstützen und keine Sonderconferenzen
abhalten, sondern in der Partei alles ins Reine
bringen. Die Abg. Lattinovic, Thomas Rych und
Graf Labiataus Szapary erklärten, Gegner der Civilise-
tion zu sein und deshalb aus der Partei auszutreten.
Die russische Presse schweigt bis jetzt den
Besuch des Thronfolgers in Berlin voll-
ständig tot. Sie hat nur ganz kurze telegraphische
Berichte aus Berlin und sagt kein Wort zu dem
ehrenvollen Empfang, der dem Cäsarewitsch in Berlin
zu Theil geworden ist. Der Schmerz um das ver-
lorene Frankreich ist offenbar so groß, als daß die
ihm zürnenden Panlawisten ihn verwinden könnten, und
mit diesem Schmerz ist auch ihr Groll gegen Deutsch-
land, ihre Furcht, daß Deutschlands Einfluß auf die
russische Politik sich steigern könnte, gewachsen. Ab-
sichtlich will man durch dies Schweigen betonen, daß
diese Reise des Cäsarewitsch nach Berlin gar keine
politische Bedeutung habe, daß sie nur ein Höflich-
keitsakt sei, wie er unter den Höfen zweier benach-
barter monarchischer Staaten als selbstverständlich zu
betrachten sei. Das ist aber eine große Selbst-
täuschung. Daß gerade der Cäsarewitsch, dem freundschaftliche
Neigungen zu Deutschland nachgesagt
werden, bei dieser Gelegenheit nach Berlin abgeordnet
wurde, bezeugt, daß der Zar gute Beziehungen zu
Deutschland unterhalten will. Entsprechend der tief-
gehenden Verstimmung, welche der Lauf der Dinge
in Paris beim russischen Hofe hervorgerufen hat,
änderte sich auch die politische Situation. Die gegen
Deutschland und Oesterreich gerichtete Strömung, die
eine Zeit lang sehr stark war, hat hütlich an Kraft
und Macht eingebüßt und hoffentlich befinden sich auch
die fanatischen Panlawisten mit der Zeit eines
Besseren.
In der französischen Panama-Affaire ist
am Freitag, wie schon vorher verlaute, das gericht-
liche Verfahren gegen Jules Roche, Thévenet
und Arènes eingestellt worden. Alle anderen
Parlamentariermitglieder, zu deren gerichtlicher Verfolgung
die Genehmigung der Kammer nachgesucht war, wur-
den unter Anklage gestellt. Bemerkenswerth ist hier-
bei nur, daß nicht auch gegen Rouvier die Unter-
suchung eingestellt ist. Derselbe hat sich offenbar zu
sehr compromittirt durch das Eingeständnis, daß er
als Ministerpräsident für den geheimen Fonds von
persönlichen Freunden Beträge erhalten hat. Neue
Verfolgungen sollen auf Grund der bisher bekannten
Thatsachen nicht eingeleitet werden, vielmehr will der
Untersuchungsrichter weitere Schritte erst in Folge
etwaiger Enthüllungen durch Herr Arion oder einem
der übrigen Beschuldigten unternehmen. — Die Gruppe
der demokratischen Linken des Senats beschloß, den
Justizminister Bourgeois aufzufordern, bei Dela-
yade und Andrieux Hausdurchsuchungen vornehmen zu
lassen. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein
Dekret, durch welches Cornelius Herz wegen

Ehrenrätiger Handlungen aus den Listen der mit dem Orden der Ehrenlegion Ausgezeichneten getrichen wird. — Die kürzlichen Enthüllungen des „Figaro“ über die Beteiligung von Herz von Panama an dem Panama-Schwindel liegen jetzt in ihrem Vorkauf vor. Wenn dieselben die Verhältnisse richtig darstellen, so ist das ganze Rättsel der parlamentarischen Befriedigung gelöst und zugleich auch klar gestellt, auf welche Weise der Scandal in die Öffentlichkeit kam. Danach datiren die ganzen Bewildigungen vom Jahre 1886 an. Damals waren die ersten 500 Millionen der Panamagellschaft verthan, und da es gelang, neue Mittel zu beschaffen, versprach Cornelius Herz, gegen eine Provision von 10 Mill. Frs. die Zustimmung des damaligen Kabinetts, auf welches er einen großen Einfluß hatte, zur Einbringung einer Loosanleihe für den Panamafanal zu erwirken. Hierüber wurde ein Vertrag zwischen Cornelius Herz und den beiden Leßeps abgeschlossen, den Baron Reinech als Bürge mitunterzeichnete. In der That brachte die Regierung auch kurz darauf eine Loosanleihe von 600 Mill. Frs. ein, die aber wegen der schlechten Aufnahme seitens der Kammer zurückgelassen werden mußte. Mit Rücksicht hierauf erhielt Cornelius Herz nur eine Entschädigung von 600 000 Frs., Reinech aber durch Artin die Deputirten durch Beschaffung so, daß 1888 aus der Initiative des Parlamentes eine Loosanleihe von 720 Mill. beschossen wurde. Nun machte Herz von neuem seine früheren Ansprüche auf die vereinbarten 10 Mill. geltend und erhielt auch ratenweise 1888 5 Mill., 1890/91 4 Mill., da Herz aber erfahren hatte, daß Reinech einmal über eine Million weniger im abgeliefert, als er von der Panamagellschaft erhalten hatte, forterte er gebietlicher den Rest. Daraufhin dicirte Reinech seinem Secretär Steyhane die bekannte Liste der Scheds, welche die Grundlage für die ganze Untersuchung bildet, als Aufstellung über die Verwendung der von Herz beanspruchten Summen und fandte diese an Clemenceau zur Uebermittlung an Herz, welche dann auch ohne Kenntniß seitens Clemenceaus erfolgt ist. Auf Grund dieser Liste, die nur eine Rechnungsablegung sein sollte, begann Herz eine förmliche Erpressungsgehe, unter welcher Reinech sein ganzes Vermögen hingab, und da Herz nur gegen eine Unsumme zur Zurückgabe der Liste bereit war, nahm er sich schließlich das Leben. — Bekanntlich hat Charles Leßeps diese Darstellung im Großen und Ganzen als richtig anerkannt.

Ueber die römische Bankfrage führte die italienische Deputirtenkammer die Verabredung auch am Freitag noch nicht zu Ende. Als scharfer Oppositionsredner trat Colajanni auf, der bekanntlich zuerst die Unregelmäßigkeiten öffentlich zur Sprache gebracht hat. Colajanni verlangte ebenso wie Rudini eine parlamentarische Enquete über die Bankfrage, indem er es als bittere Genugthuung bezeichnete, daß die Bankuntersuchung bestätige, was er ungehört benutzte und mehrere Exminister sowie Giolitti leugneten. Colajanni bezweifelte die Fähigkeit der Regierung, der Sache auf den Grund zu gehen, sowie daß überhaupt die gegenwärtige Bankuntersuchung ernst gemeint sei, da der Ministerpräsident notorische Begünstigungen des Hauptes des Untersuchungs Ausschusses gewährt habe. Er suchte einige Minister direct für die Nothlage der Banca Romana verantwortlich zu machen, da diese bedeutende Wechselcredite zu Gunsten von Freunden befristet hätten. Jedemfalls müsse die Fähigkeit der Minister Giolitti und Ricci stark bezweifelt werden, die sich mit der Comodie der Bankuntersuchung vom Jahre 1889 zufrieden gaben, das Bankprivileg erneuern wollten, als man nicht vom Abgrunde stand, und dem Kammerausschuß einen gefälschten Auszug des Enquetebereichs vorlegte, wofür sie genau genommen eine Anklage verdienten. Besonders schwerwiegend war die von Colajanni ausgebrachte Uebersetzung, daß das Ministerium von den Banken Geber zu den Wahlen genommen und daß viele in der Kammer sitzen, welche unwürdig seien, weshalb die Untersuchung in den Händen der Regierung sehr schlecht aufgehoben sei, besonders, da auch die Unabhängigkeit der Gerichte heut zu Tage nicht unbezweifelt sei. Redner schloß mit dem drohenden Hinweis auf die Wiedereinsetzung der Bauern in Gallavatore und wartet davor, gegen das niedere Volk unerbittlich, gegen die Schächerer im Parlament nachgiebig zu sein. Nach mehreren anderen Reden, die ohne besonderen Eindruck blieben, nahm Ministerpräsident Giolitti abermals gegenüber Colajanni das Wort, um die beantragte parlamentarische Enquete zu bekämpfen, indem er die unheilvollen Folgen derselben für den Landescredit, für das ganze wirtschaftliche Leben, für das Ansehen der Regierung, der Gerichte und des Parlamentes darlegte. Die Enquete würde insbesondere den Credit der gesetzlich umlaufenden Noten schädigen und in verhängnisvoller Weise den Finanzgeklüß herbeiführen. Giolitti betonte zum Schluß die Unmöglichkeit einer unparteiischen Untersuchung durch eine politische Versammlung und sprach die Bestätigung aus, daß die Untersuchungs-

commission zu einem Wohlfahrtsausschuß werden könnte, der keine Grenze für den Verdacht finden werde. Die Regierung bekämpfte nicht gern einen so populären Antrag, sondern thue es nur aus Pflichtgefühl. — Der Director im Handelsministerium, Manzilli, ist Freitag Abend verhaftet worden. Manzilli soll Mitschuldiger von Tanlongo in Sachen der Banca Romana sein, deren Schäden er den Handelsministern verborgen habe. Trotz seines beschuldigten Inhalts hatte er sich eine Villa in Castelgandolfo gebaut und führte ein ziemlich luxuriöses Leben. — Nach einer Meldung römischer Blätter sind 30 Personen vor den Untersuchungsrichter geladen worden, um in der Bankaffäre vernommen zu werden.

Dem neuen Kabinet in den Vereinigten Staaten, mit dessen Bildung Cleveland bereits seit einiger Zeit beschäftigt ist, werden nach Newyorker Meldungen sicher angehören Senator Carlisle, Oberst Lamont und Bayard, wahrscheinlich auch Dickson und Garrity. — Der frühere Staatssecretär Blaine ist Freitag Vormittag gestorben. Blaine, der früher unter den amerikanischen Politikern in erster Reihe stand, konnte seit der letzten Präsidentenwahl schon unter die todtten Großen gerechnet werden, so daß sein jetzt erfolgter Tod nirgends mehr sonderlich empfunden wird. Blaine hat seine Bedeutung selbst herabgedrückt dadurch, daß er gewissermaßen die amerikanische Corruptionspartei personifizierte. Mit glänzenden Fähigkeiten ausgestattet, ist er schon als ganz junger Mann zum Sprecher des Repräsentantenhauses gewählt und mehrmals erfolglos als Präsidentschaftscandidat von einem Theil der republikanischen Partei aufgestellt worden. Sein Stern war im Erlöschen seit seiner Niederlage gegen Cleveland im Jahre 1884. Unter dem Präsidenten Harrison stieg er dann allerdings wieder und fungirte als Minister des Auswärtigen. Es war aber bezeichnend, daß, als er bei den letzten Wahlen als Contercandidat auftrat, die allgemeine Stimmung sich so sehr gegen ihn erklärte, daß er nicht nur auf die Candidatur verzichtete, sondern überhaupt aus dem politischen Leben zurücktrat. Im Auslande ist Blaine in schlechtem Ansehen durch die Rückwärtslosigkeit in seiner Amtsführung gegen fremde Staaten. In seiner Partei selbst hat man bei ihm stets den Mangel an moralischem Halt bemerkt.

Zur Lage in Aegypten hat der englische Minister des Auswärtigen, Lord Rosebery in seiner Unterredung mit dem französischen Vostschafter Waddington erklärt, die englische Regierung habe Verstärkungen an Truppen nach Aegypten einzig und allein zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in diesem Lande geschickt; die englische Garnison sei in den letzten Jahren stark vermindert worden; ihr Effectivstand habe nicht mehr ausgereicht, um die Sicherheit der Europäer unter den gegenwärtigen Umständen zu gewähren. Lord Rosebery fügte hinzu, die politische Lage in Aegypten habe keine Aenderung erfahren. In Betreffung davon läßt sich die „Times“ aus Kairo melden, daß ohne die Verstärkung der englischen Truppenmacht in Aegypten wahrscheinlich dort ein religiöser Aufruhr ausgebrochen wäre, da die Haltung des Kheidive dem Fanatismus die nöthige Ermutigung gab.

Nach Meldungen, welche dem Staatsdepartement der Vereinigten Staaten zu Washington zugegangen sind, wurde das bisherige Kabinet von Hawaii am 12. d. gestürzt und ein neues ernannt. Die Königin verlegte hierauf die gesetzgebende Versammlung und versuchte eine neue Verfassung zu proklamiren, welche die königliche Prerogative verstärkt und den Wählern das Wahlrecht verfürzt hätte. Am 16. d. organisirten die Bewohner der Hawaii-Inseln ein öffentliches Wohlfahrts-Comitee; am nächsten Tage wurde eine provisorische Regierung eingesetzt und die Königin entthront, ohne daß es zu Blutvergießen gekommen wäre. — 300 Marinejohdnen wurden von den amerikanischen Kriegsschiffe „Boston“ auf Ersuchen des amerikanischen Consuls gelandet. — In San Francisco traf an Bord des Dampfers „Claudine“ eine Deputation aus Hawaii ein, welche den Anschluß der Sandwich-Inseln an die Vereinigten Staaten nachsuchen will.

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Der Kaiser geleitete am Freitag Abend nach Schluß der Galavorstellung im Opernhause den König von Sachsen in das Schloß zurück. Um 12 Uhr nachts gab er dem sächsischen Königpaar bei ihrer Rückkehr nach Dresden das Geleit bis zum Anhalter Bahnhof, wo er sich auf das Herzliche von ihnen verabschiedete. Sonnabend Vormittag begab sich der Kaiser nach dem Kaiserin Friedrich-Palais, um sich dort von dem Herzoge von Coburg vor dessen Abreise zu verabschieden. Von dort fuhr er nach dem russischen Vostschafts-Palais, holte den Thronfolger von Rußland ab und geleitete denselben nach dem Zeughaus, wo die Ruhmeshalle und die Waffenammlungen

eingehend im Augenschein genommen wurden. Nach etwa einstädtigem Aufenthalt im Zeughaus begab sich der Kaiser mit dem Thronfolger gemeinsam nach Charlottenburg, wo beide zunächst das Mausoleum besuchten und hierauf auch die Räumlichkeiten des Stadtschlosses eingehend im Augenschein nahmen. Der Kaiser feierte hierauf mit seinem Gaste durch den Biergarten zur Stadt zurück, begleitete den Großfürst-Thronfolger bis zur Vostschaft und verabschiedete sich dort von demselben. Am Nachmittag gab der Kaiser dem König von Württemberg das Geleit zur Abreise. Am Abend fand dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland zu Ehren bei dem Kaiserpaar in der Bildergalerie des Schlosses ein großes Galadiner statt, zu dem über hundert Einladungen ergangen waren. Nach Aufhebung der Tafel gab der Kaiser gegen 10^{1/2} Uhr dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland bei dessen Rückkehr nach Petersburg bis zum Bahnhof Friedrichstraße das Geleit. Der Kaiser sowohl wie die anwesenden königlichen Prinzen hatten bei der Verabschiedung wieder die russische Uniform und Ordensdecoration angelegt. Der Abschied des Kaisers von dem Großfürsten-Thronfolger war überaus herzlich. Die Abfahrt vom hiesigen Bahnhof erfolgte gleich nach 10^{1/2} Uhr mittelst Sonderzuges. Der Kaiser feierte darauf nach dem Schloß zurück. Am gestrigen Vormittag haben der Kaiser und die Kaiserin dem Gottesdienste in der Kaiserinkirche beigewohnt. Nach dem Schloße zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser zunächst allein und empfing den Besuch einiger höchsten Herrschaften. Um 1^{1/2} Uhr nachmittags waren die kaiserlichen Maiesäten mit dem Herzog und der Herzogin von Connaught, dem Erbgroßherzog und der Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar und der Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein zur Frühstücksstunde im Schloße vereint. — Die Kaiserin Friedrich wird, soweit bis jetzt bekannt, am Dienstag den 31. d. M. früh ihre Reise nach England antreten und von der Prinzessin Wolf zu Schaumburg-Elpe begleitet sein. — Der Prinz und die Prinzessin Heinrich haben auf Wunsch des Kaisers ihren Aufenthalt in Berlin noch um einige Tage verlängert. — Der Großherzog und die Großherzogin von Baden haben sich gestern Mittag nach Karlsruhe zurückbegeben. — Der Großherzog von Sachsen, sowie der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Sachsen sind nach Weimar zurückgekehrt.

(Vertrauliche Conferenz) des Kaisers mit dem russischen Thronfolger.) Am Hochzeitstage der Prinzessin Margarethe abends 9 Uhr war, wie man schreibt, die Feier im Schloß beendet; 1^{1/2} 10 Uhr war zum Fest in der russischen Vostschaft eingeladen. Alles wartete auf den Großfürsten; dieser aber traf erst zwei Stunden darauf, um 11 Uhr 40 Minuten ein. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Großfürst im Schloß bei dem Kaiser gewelt. Andere Personen sind bei der mehrtägigen Unterredung nicht zugegen gewesen.

(Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen), das neuvermählte Paar, wird nach der „Post“ vorläufig das Schloß von Philippsruhe, einen alten kurfürstlichen Besitz bei Hanau, bewohnen, da der Landgraf von Hessen am 2. Februar eine größere orientalische Reise unternimmt. Später werden sie ihren Wohnsitz in dem jenseits des Main gelegenen Schloße Numpenheim nehmen.

(Der Geburtstag des Kaisers) ist wie im Inlande, so auch im Auslande vielfach festlich begangen worden. In Wien fand ein besonders Hofdienstag, an welchem der Kaiser von Oesterreich ein Hoch auf das Wohl Kaiser Wilhelms ausbrachte. In Petersburg fand zur Feier des Geburtstags ein Familienfrühstück statt, zu dem auch der deutsche Vostschafter eingeladen war. Der König von Dänemark, sowie der Kronprinz und Prinz Waldemar brachten dem deutschen Gesandten v. d. Brinken persönlich ihre Glückwünsche für den Geburtstag des Kaisers dar. In Bukarest und Sofia wurde ein feierliches Teedeum abgehalten, welchem die Minister als offizielle Vertreter ihrer Staaten bewohnten. In Paris veranstaltete die deutsche Colonie eine besondere Feier aus Anlaß des Geburtstages, deren Teilnehmer ein Guldigungstelegramm an den Kaiser absandten.

(Wie sich doch die Zeiten ändern!) Jetzt wirft die „Köln. Ztg.“, einst das Lakaienblatt des Fürsten Bismarck, demselben Fürsten Bismarck angeheißt der Haltung der „Hamb. Nachr.“ vor, daß er in der Opposition gegen die Regierung sei und tendentioser Mache, Nörgel- und Mäkel-sucht eine übelwollende zersetzende Kritik an der Militärvorlage ausübe.

(Ueber die „verkrüppelte Gleichgiltigkeit“ der Wählerkreise) gegenüber den Verufen, für die Militärvorlage zu begeistern, klagt die „Nachr. Corr.“ Von einem Druck auf die der Bewilligung abgesehenen Abgeordneten sei auch nicht viel zu spüren. Sie bezweifelt, daß darin durch eine allgemeine Wahlbewegung viel geändert



Logis-Vermiethung.
Freundliche Parterre-Wohnung, 2 Stuben, Schlafzimmern, Küche, Wasserleitung und Zubehör (auf Wunsch auch erste Etage) ist 1. April 1893 zu beziehen
A. Schüte, Neumarkt 68.

Möblierte Wohnung
zu vermieten Markt 16 II.

Fein möblierte Wohnung
in der Nähe der Bahn zu vermieten. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer mit Kammer
zu vermieten Lindenstraße 13, part.

1200 Mark

auf erste Hypothek sind sofort auszuliehn. Zu erlangen bei **Gustav Puschel**, große Ritterstraße 28.

2000 Mark

zum 1. April auf Hypothek zu verleihen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

G. Höfer,

Hypotheken-, Agenten- und Commissionsgeschäft,
Merseburg, Hofmarkt 8.
Vermittlung von An- und Verkäufen von Stadt- und Landgrundstücken, Beförderung von Kapitalien auf sich.
Hypothek, Nachweis zur guten Grundstücks-Hypothek, Anfertigung v. Nachlassprotokollen.
Nachweis für Kapitalisten und Kaufsuchende kostenfrei.

Mt. 3000

auf 1. Hypothek sind anzuliehn. Adressen unter **J. T. 23193** befördert die Exped. d. Bl.

Anzeige.

Den geehrten Herrschaften, sowie einem wohlthätigen Publikum die ergebene Anzeige, daß wir uns am hiesigen Platze als

kleinste Nr. 1 und 2 etabliert haben und empfehlen uns hierdurch dem geehrten Publikum gefälligst.
Anmeldungen an Arbeiten jeder Art können beim Kaufmann Herrn **Bergmann** am Markt und beim Kaufmann Herrn **Welzel**, Domplatz, gemacht werden.
Achungswohl
Franz Spott, Teichstraße 7.
Julius Rahe, Clobigauer Straße 7.

Otto Peckolt,

Markt 6, Colonialwaren- und Bankgeschäft.

Hierdurch öffere ich sämtliche Artikel meines Colonialwaren-Geschäfts in bester Qualität zu angemessenen Preisen.

Besonders empfehle ich **rohen und gebrannten Caffee** von feinstem Geschmack und zum bisherigen Preise, trotz der in letzter Zeit so bedeutend gestiegenen Caffeepreise, sowie ferner

Souchong- und Melange-Thee von Niquet & Co., Leipzig.

Chocolade und Cacao von Jordan & Timmens in Dresden, vorzügliche Stearin-

Kronen-Kerzen,

Arac-u-Bargunder-Panschessenz,

Getreide-Rümmel von J. H. Gitta in Berlin.

ff. Arac, Rum und Cognac.

Otto Peckolt,

Merseburg.

Frühen Schellfisch à Pfd. 25 Pf., getrocknete Gemüse empfiehlt **C. L. Zimmermann.**

Masken-

Garberobe billig zu verleihen. **R. Schumann, Delgrube 4.**



Von Dienstag den 31. d. M. ab steht ein Transport

hannoversche Acker- und Wagenpferde

bei uns zum Verkauf.

Gebr. Strehl.

Holz-Verkauf

des Rittergutes Kriegstedt b. Lauchstädt.

Donnerstag den 2. Februar,

vormittags 9 Uhr, soll an Ort und Stelle eine große Partie Nutzholz - eich, birch, eich. - (Stellmacher- und Tischlerholz) und das davon entfallende Brennholz öffentlich meistbietend verkauft werden. Bedingungen im Termine. Versammlung im Rathhof zu Unterriegstedt.

Nur wirklich gute Nähmaschinen

kauft man, wie tausendfach anerkannt, am besten und billigsten und unter gewissenhafter sachmännischer Garantie in dem **Nähmaschinen-Special-Geschäft von H. Baar, Markt Nr. 3.** Reparaturen an allen Nähmaschinen werden von mir selbst in eigener Werkstatt wie bekannt **billig** und **gut** ausgeführt. Die vielfach billig angebotenen **Berliner Nähmaschinen** habe von jetzt ab zum **Vergleich** am Lager und gebe solche für **55 Mark** ab.

Maskenball

der Privat-Theater-Gesellschaft vom 19. October 1892 in sämtlichen Räumen des **Evoli** Donnerstag den 2. Februar 1893.

Nichtmitglieder können, so weit es der Raum gestattet, teilnehmen, jedoch haben **unverheirathete junge Damen und Herren nur im Masken-Costüm Zutritt.** Eintrittskarten für Nichtmitglieder à 1,50 Mark sind **nur im Vorverkauf** zu haben bei den Herren:

- C. L. Zimmermann**, Burgstraße,
- M. Krause**, Unteraltenburg,
- A. Pitzschker**, Tiefer Keller,
- E. Menzel**, kleine Ritterstraße,
- H. Käther**, Schmalestraße.

Öffnung der Fest-Räume abends 6 Uhr. Das Directorium.

Künstliche Zähne, Plomben, schmerzloses Zahnziehen, Behandlung von Zahnerkrankheiten. **Wiegand, Markt Nr. 4.** Sprechstunden 9-1, 3-5 Uhr.

Oranienburger Kernseife (in Dual) à Pfd. 27 Pf., bei 5 Pfd. 26 Pf., bei 10 Pfd. 25 Pf., bei 25 Pfd. 24 Pf. u. zc. empfiehlt **Otto Zachow.**

Mittwoch auf hiesigen Wochenmarkt frisch eintreffend:

Schellfisch u. Dorsch.

Adolf Schmieder aus Halle.

Gelbes Bienenwachs kauft jedes Quantum

Oscar Leberl, Drogen- und Farbenhandlung, Burgstraße 16.

Gummi-Überschuhe besser Qualität empfiehlt zu Original-Preisen

P. Exner, Gntenplan.

Hamburger Caffee, Fabrikat, kräftig und schön schmeckend, verleiht zu 60 Pf. und 80 Pf. das Pfund in Poffolts von 9 Pfund an fortw.

Ferd. Rahmstorf, Ottenjen bei Hamburg.

Hypothekenbank-Gelder, 10 Jahre unfindbar, vermittelt **Fried. M. Kunth, Merseburg.**

Haifer Wilhelmshallen-Theater.
Dienstag den 31. Januar. Benefiz für **Rosa Reinhardt**, Unter Mitwirkung der gesungenen Kapelle des Herrn Musikdirectors **F. Krumpholz**, zum 1. Male.
Don Cesar. Lebensbild mit Gesang aus dem Spanischen, deutsch von Carl Saar. Zu meiner Benefizvorstellung erlaube ich mit hierdurch ganz ergebenst einzuladen. Hochachtungsvoll **Rosa Reinhardt.**

Subold's Restauration. Morgen Mittwoch **Schlachtfest.** Wer ertheilt Zitherunterricht? Hierfür mit Preisangabe unter **R. H. 1011** erbeten.

Gärtner-Lehrling gefucht in der Gärtnerei der **Wlla Blauke**. Aufnahme zu Ostern. **R. Reehholz.**

Offene Stellen/Stubenmädchen: nach Halle 15 Febr. u. 1. März, **Ag. bei Delitzsch** 15. Febr. 150-180 Mk., **beh. nach Leipzig** 6. 180 Mk., nach Berlin **200 Mk.** für Jungfern nach **Altenburg** 1. März, **240 Mk.** nach **Westfalen** sofort, **240-300 Mk.** bei **Blumneiss**, gr. Märkerstr. 9, Halle a. Saale.

Eude der 15. Febr. oder 1. März ein **ordentliches fleißiges Mädchen.** Domplatz 3.

Ein Arbeiter gefucht Neumarktsmühle.

Ich suche für jetzt oder für einen meiner Söhne eine **Lehrlingsstelle** bei einem tüchtigen **Schloffermeister.**

Carl Munkelt, Feinzer, Hamburg a/S.

Für eine bei dem **Halleischen Versicherungsverein**, Abteilung **Schlachtfest**, verführte Kauf ist mir, da dieselbe nach dem Schlachten als tüchtig besunden und daher verworren wurde,

der volle verführte Betrag sofort ohne Weiteres vergütet. Ich halte mich bereit, diese eventuelle Begleichung öffentlich darüber anzuertennen und die oben genannte Gesellschaft allen Schlachtfestbesitzern bestens zu empfehlen.

Marktverben den 27. Januar 1893. **Albert Waltherr** (34738)

Ein kräftiges reinliches Mädchen als **Aufwartung** für die **Vormittagsstunden** wird gefucht **Einbittstraße 6, barriere.**

In der **Garberobe** des **Beamten-Vereins** ist ein **Wegtragen** und ein **Paar Handschuhe** liegen geblieben, sowie ein **Paar hohe Lederstühle** einzeln veranlagt.

Beim **Garde-Verein** ein **Tuch** und ein **Shawl** liegen geblieben. Bitte abzuholen bei **H. Ohme**, Poststraße Nr. 8a, Günterhaus.

100 Mark! Hundert Mark Belohnung sichere ich Demjenigen zu, welcher mir den **Verfasser** der **anonymen Briefe**, welche an den **Arbeiter Werner-Pölkhan** und an die **Chefrau des Aufsehers Köttner-Göhren** gesandt wurden, **derartig namhaft macht**, daß ich ihn zur **gerühmlichen Bestrafung** ziehen kann.

Otto Meissner, Pölkhan.

Höchste und niedrigste Marktpreise vom 22. bis mit 28. Januar 1893.

Weizen, pr. 100 St. 16,20 bis 14,70 Mk.
Roggen, do. 14,40 bis 13,60 "
Gerste, do. 18,20 bis 15, " "
Hafer, do. 16,50 bis 14, " "
Erbsen, do. 20, " bis 18, " "
Binnen, do. 44, " bis 18, " "
Bohnen, do. 19, " bis 16, " "
Kartoffeln, do. 5, " bis 4,50 "

Stückfleisch (von der Rente), pro Kilo 1,40 bis 1,30
Brustfleisch, pro Kilo 1,30 bis 1,20
Schweinefleisch, do. 1,40 bis 1,30
Schafschmalz, do. 1,40 bis 1,30
Rohschmalz, do. 1,30 bis 1,20
Butter, do. 2,40 bis 2,20
Eier, pro Schock 6,40 bis 6, " "
Heu, pro 100 Kilo 8, " bis 7, " "
Stroh, do. 4,50 bis 4, " "

Marktpreis der Ferkel in der Woche vom 22. bis mit 28. Januar 1893 pro Stück 10,50 bis 16,50 Mk.

Dierzu eine Beilage.

Hausfrauen können

Geld sparen bei Verwendung von

Kathreiner's Kneipp-Malzcaffee bester Caffeezusatz. PATENTIRKT

Berein ehemaliger Garde. Mittwoch den 1. Februar d. J. Monatsversammlung. Um zahlreiche Theilnahme wird gebeten. Der Vorstand.

Augarten. Heute Dienstag Abend **Salzknochen** ff. **Halle'sches Actienbier.** Dazu ladet freundlichst ein **Ed. Laße.**

Ein alt. Mädchen vom Lande, welches sich 1. Arb. sucht, wird sofort fürs Haus gefucht. **Stadtgr. Halle a/S.,** Bühlbergweg 39.

Ein **Gärtnerlehrling** wird unter günstigen Bedingungen nach außerhalb gefucht. Das Nähere **Annenstraße 11, 1. Tr.**

Merseburger Correspondent.

Erstchein:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 22.

Dienstag den 31. Januar.

1893.

Für die Monate Februar und März werden
Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“

zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Post-
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.

Zusätze finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

Das Ergebnis der Generaldebatte in der Militärcommission.

Die am 11. Januar auf Veranlassung des Reichs-
kanzlers begonnene Debatte über die Militärvorlage
ist endlich am Sonnabend zum Abschluß gelangt.
Hält man sich lediglich an das greifbare Ergebnis
der Verhandlungen, so kann man nur feststellen, daß
weder die Regierung noch die Parteien den Stand-
punkt verschoben haben, den sie bei der ersten Ver-
handlung im Plenum einnahmen. Der Reichskanzler
hat nach wie vor die Vorlage, wie sie eingebracht
ist, vertreten; er hat, wie auch schon im Plenum,
das Angebot der Freisinnigen, der Volkspartei und
des Centrums, die Konsequenzen der zweijährigen
Dienstzeit zu ziehen, ohne eine Erhöhung der Friedens-
präsenzstärke als solche zugestehen, als unannehmbar
zurückgewiesen; aber weder auf Seiten der Freisinnigen
noch auf Seiten des Centrums hat sich eine Neigung
gezeigt, über diese Linie hinauszugehen. Sie sind
bereit, eine Verstärkung der jährlichen Rekrutierung
um 18 000 Mann und daneben im Etat die erforder-
lichen Mittel für die Ausbildung von 18 000 Ersatz-
reservisten jährlich zu bewilligen. Der Vorschlag der
Nationalliberalen, soweit er bisher im Einzelnen
formuliert ist, unterscheidet sich von demjenigen der
Freisinnigen und des Centrums dadurch, daß sie die
18 000 Mann, die diese als Ersatzreservisten in
Rechnung stellen, in das stehende Heer einreihen und
also zur zweijährigen Dienstzeit heranziehen, also
eine Mehrreinstellung von 40 000 Rekruten und dem-
nach eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um
36 000 Mann bewilligen wollen. Freisinnige und
Centrum auf der einen, Nationalliberale auf der
anderen Seite setzen dabei die dauernde gesetzliche Fest-
setzung der zweijährigen Dienstzeit voraus. Die kon-
servativen Parteien stehen anscheinend auf dem Boden der
Vorlage und sie werden diesen Boden auch nicht ver-
lassen, so lange Graf Caprivi selbst an der Vorlage
festhält. Ueber das Bemüßnisse Angebot hat der
Reichskanzler sich bisher nicht geäußert, aus dem nahe-
liegenden Grunde, daß für das Bemüßnisse Angebot
von 40 000 Mann eben so wenig eine Mehrheit im
Sicht ist, als für die von der Regierung verlangten
60 000 Mann. Die konservativen Parteien würden
ohne Zweifel bereit sein, sich den Bemüßnisse
Vorschlägen anzuschließen, wenn der Reichskanzler die-
selben acceptirt hätte. Daß er eventuell dazu geneigt
ist, hat er mit deutlichen Worten nicht erklärt. In
der Commission hat sein neuerliches Verhalten den
Eindruck hervorgerufen, daß er einem solchen Com-
promiß nicht abgeneigt ist. Aber es versteht sich von
selbst, daß die Regierung ein Compromiß, welches nur
eine Minorität anbietet, nicht formell annehmen kann.
Zu einer Mehrheit würde es einer Spaltung des
Centrums bedürfen. Bisher aber hat die sog. schwere
Reiterfraction des Centrums, der man die Neigung,
der Regierung weiter entgegenzukommen zuschreibt, sich
bedingungslos der Führung der Herren Dr. Lieber,
Graf Freytag, Schaefer u. s. w. unterworfen. Ob
die Bemüßnisse des Grafen Caprivi, die Gegner
einer höheren Friedenspräsenzstärke von der Not-
wendigkeit einer Bewilligung zu überzeugen, in der
nächsten Dienstag beginnenden Spezialdiscussion, die
sich zunächst auf die finanzielle Seite der Vorlage
erheben wird, besseren Erfolg haben werden, als
in der Generaldebatte, warten wir in aller Ruhe ab.
Graf Caprivi will, wie er mit der ihm eigenen
Offenheit und Ehrlichkeit erklärt hat, den Versuch
machen, mit Hilfe der Presse die Wählerkreise um-



wenn man an den bisherigen Anforderungen an die
Diensttauglichkeit der Mannschaften festhalte. Diese
Anforderungen haben auch die Vertreter des Kriegs-
ministers in der Commission nicht aufrecht erhalten
können. Sie haben in der letzten Sitzung einräumen
müssen, daß höchstens noch 20 000 unbedingt tau-
gliche Mannschaften — die Ueberzähligen — vor-
handen sind, daß infolge der Herabsetzung des Körper-
maßes von 1,57 auf 1,54 Meter weitere 5000 Mann
eingestellt werden können. Soweit Eignung einräumt
auf beiden Seiten. Die Militärverwaltung be-
hauptet nun, daß aus der Zahl der bedingt Taug-
lichen, die bisher wegen „geringer körperlicher Fehler“
der Ersatzreserve überwießen worden sind, — etwa
50 000 Mann — die zur Ergänzung der in der
Vorlage verlangten 60 000 Mann, also weitere 35 000
in das stehende Heer eingestellt werden können. Sie
gibt aber zu, daß diese Frage discutabel ist. Sie
ist das umso mehr, als, wie der Abg. Hünig nach-
gewiesen hat, bisher schon eine Verschiebung aus der
Kategorie der bedingt Tauglichen in diejenige der
unbedingt Tauglichen stattgefunden hat und daß in
dem Maße, daß in dem letzten Jahrzehnt die Zahl
der Mannschaften, die aus Ursachen, die vor der
Einstellung vorhanden waren, aus dem stehenden
Heere entlassen worden, die also tatsächlich unbrauch-
bar eingestellt worden sind, eine erhebliche Steigerung
erfahren hat. Diese Zahl würde bei einer Mehrreinst-
stellung von 60 000 Rekruten im Frieden sprun-
ghaft in die Höhe gehen; im Kriege würde durch
die Einstellung thatsächlich nur theilweise brauchbarer
Leute die Operationstauglichkeit der Truppen in hohem
Grade geschwächt werden. Mit der Berufung auf
den Grundfah der allgemeinen Wehrpflicht ist also die
Vorlage nicht zu vertheidigen. Im Gegentheil, eine
Mehrreinstellung von 60 000 Rekruten würde weit
über die Grenze der Wehrkraft des Volkes hinaus-
gehen. Das wäre nicht eine Verjüngung, sondern
eine Verschlechterung des Heeres und obendrein eine
Grußsamkeit denjenigen gegenüber, deren Kräfte zum
Ertragen der Strapazen des Militärdienstes von vorn-
herein unzureichend sind.

Politische Uebersicht.

Ein Sensationsmärchen des Pariser „Figaro“

der Bruder des Zaren, Großfürst Sergius,
Herbst v. J. anlässlich des Judenlinienambals
im Zaren in geheimer Sendung nach London, Paris
und an den Vatikan gesandt worden sei, um sich
über die Aufnahme einer Kriegserklärung an Deutsch-
land zu unterrichten, erklärt die „Allg. Reichs-Corr.“
auf Grund guter Informationen als durchaus
unwahr. Großfürst Sergius sei bei seiner Reise
in keiner Mission betraut gewesen. — Wir hatten
von dem Pariser Geschwätz gar keine Notiz gemommen
und so bedurfte es für uns nicht erst dieses Dementis.
Ueber die ungarische Regierungspolitik
b Ministerpräsident Dr. Weyerle in einer Conferenz
der liberalen Partei gegenüber den Gerächten in
der Zeit betr. den Standpunkt der Regierung die
Erklärung ab, daß die Regierung an ihrem Pro-
gramm halte, dem die Partei in allen Thellen zuge-
nimmt habe. Dieses betrachte er als Grundlage des
politischen Wirkens der Regierung und der Partei.
Als einzelne Mitglieder Bedenken gegen die Kirchen-
politik der Regierung haben sollten, sei dies kein
Grund, aus dem Parteiverbande auszutreten. Diese
Amen die Regierung in den übrigen Thellen ihres
Programms unterstützen und keine Sonderconferenzen
halten, sondern in der Partei alles ins Reine
bringen. Die Abg. Latincovic, Thomas Pechy und
Dr. Ladislav Szapary erklärten, Gegner der Eivliche-
keit sein und deshalb aus der Partei auszutreten.

Die russische Presse schweigt bis jetzt den
Besuch des Thronfolgers in Berlin voll-
ständig tot. Sie hat nur ganz kurze telegraphische
Berichte aus Berlin und sagt kein Wort zu dem
erwünschten Empfang, der dem Cäsarewitsch in Berlin
Theil geworden ist. Der Schmerz um das ver-
lorene Frankreich ist offenbar zu groß, als daß die
überdies Panlawisten ihn vermeiden könnten, und
mit diesem Schmerz ist auch ihr Eroll gegen Deutsch-
land, ihre Furcht, daß Deutschlands Einfluß auf die
russische Politik steigen könnte, gewachsen. Auf-
sichtlich will man durch dies Schweigen betonen, daß
diese Reise des Cäsarewitsch nach Berlin gar keine
politische Bedeutung habe, daß sie nur ein Höflich-
keitsakt sei, wie er unter den Höfen zweier benach-
barter monarchischer Staaten als selbstverständlich zu
betrachten sei. Das ist aber eine große Selbst-
täuschung. Daß gerade der Cäsarewitsch, dem freundschaft-
liche Beziehungen zu Deutschland nachgesagt
werden, bei dieser Gelegenheit nach Berlin abgeordnet
wurde, bezeugt, daß der Zar gute Beziehungen zu
Deutschland unterhalten will. Entsprechend der tiefer-
gehenden Verfassung, welche der Lauf der Dinge
in Paris beim russischen Hofe hervorgerufen hat,
ändert sich auch die politische Situation. Die gegen
Deutschland und Oesterreich gerichtete Strömung, die
eine Zeit lang sehr stark war, hat stätlich an Kraft
und Macht eingebüßt und hoffentlich befinden sich auch
die fanatischen Panlawisten mit der Zeit eines
Besseren.

In der französischen Panama-Affaire ist
am Freitag, wie schon vorher verlautete, das gericht-
liche Verfahren gegen Jules Roche, Thénoret
und Arènes eingestellt worden. Wie anderen
Parlamentärsmitgliedern, zu deren gerichtlicher Verfolgung
die Genehmigung der Kammer nachgesucht war, wur-
den unter Anklage gestellt. Bemerkenswert ist hier-
bei nur, daß nicht auch gegen Rouvier die Unter-
suchung eingestellt ist. Derselbe hat sich offenbar zu
sehr compromittirt durch das Eingeständnis, daß er
als Ministerpräsident für den geheimen Fonds von
persönlichen Freunden Beträge erhalten hat. Neue
Verfolgungen sollen aus Grund der bisher bekannten
Thatsachen nicht eingeleitet werden, vielmehr will der
Untersuchungsrichter weitere Schritte erst in Folge
etwaiger Enthüllungen durch Herz, Arton oder einem
der übrigen Beschuldigten unternehmen. — Die Gruppe
der demokratischen Linken des Senats beschloß, den
Zustimmungs Bourgeois aufzufordern, bei Delahaye
und Andrieux Hausdurchsuchungen vornehmen zu
lassen. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein
Dekret, durch welches Cornelius Herz wegen